

SVP legt Ausländern Einbürgerung nahe

INITIATIVE Mit der Durchsetzungsinitiative droht Secondos die Ausschaffung – zum Teil auch wegen Bagatellen. Die SVP wartet nun mit einem überraschenden Vorschlag auf.

KARI KÄLIN
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Gierige Hände greifen in ein Kistchen mit Schweizer Pässen: Mit diesem Plakatsujet bekämpfte die SVP im Jahr 2004 erfolgreich die erleichterte Einbürgerung von Ausländern. Auch im Parlament stemmte sich die SVP im letzten Jahr vehement gegen die vereinfachte Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation.

Rezept gegen Ausschaffungen

Mit der Durchsetzungsinitiative, über die das Volk am 28. Februar abstimmt, gewinnt der rote Pass zusätzlich an Bedeutung. Während das Ausführungsgesetz zur Ausschaffungsinitiative eine Härtefallklausel für Secondos vorsieht, würden diese bei Annahme der Durchsetzungsinitiative automatisch, also ohne Einzelfallprüfung, weggewiesen (siehe Tabelle unten). Es trifft nicht nur Mörder, brutale Schläger oder Vergewaltiger. Die Initiativgegner zitieren eine ganze Reihe von Fallbeispielen, bei denen Secondos auch wegen «Bagatelldelikten» ausgeschafft würden – falls sie vorbestraft sind. Doch dazu später.

In ihrem Initiativargumentarium präsentiert die SVP nun ein Rezept, wie sich Secondos vor Wegweisungen schützen können: «Gut integrierte Ausländer haben die Möglichkeit der Einbürgerung», entgegnet die Partei auf den Einwand, in der Schweiz geborene Ausländer dürften doch nicht ausgeschafft werden.

«SVP ist heuchlerisch»

Ausgerechnet die SVP, die hohe Hürden für den roten Pass propagiert, empfindet Secondos, sich einbürgern zu

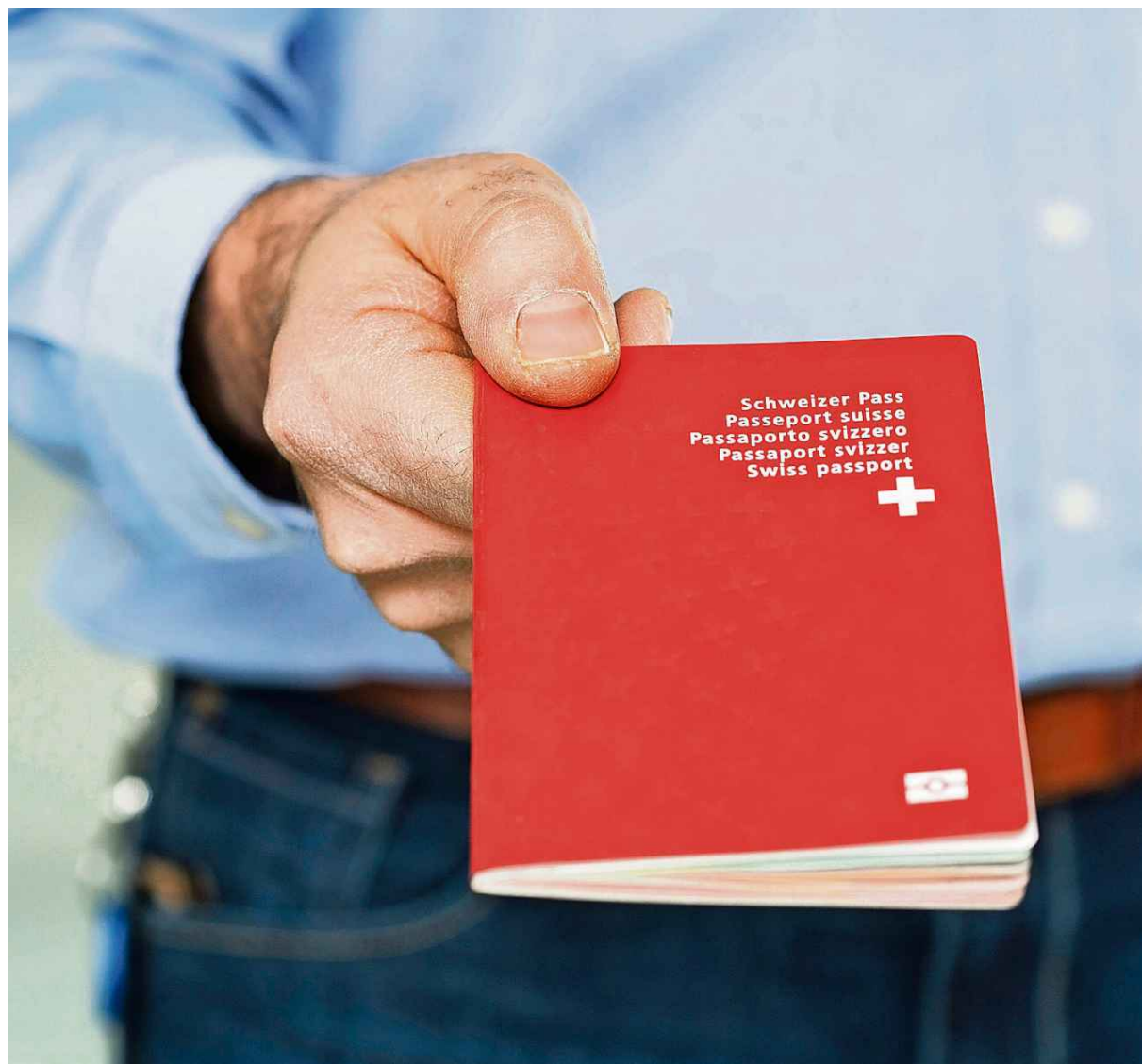
Einbürgerungen in der Schweiz

	Anzahl
2010	39 300
2011	36 000
2012	33 500
2013	34 100
2014	32 800

Quelle: BFS

Häufigste Herkunftsländer 2014

1. Serbien, Montenegro, Kosovo
13,7 Prozent
2. Italien
13,6 Prozent
3. Deutschland
12,3 Prozent



In ihrem Argumentarium für die Durchsetzungsinitiative rät die SVP gut integrierten Ausländern, sich für den roten Pass zu bewerben.

Keystone/Christian Beutler

sen zu werden, treibt sie zu diesem Schritt», sagt Ruiz.

Mehr Einbürgerungen

Schon heute gibt es Anzeichen, dass vermehrt Ausländer aus präventiven Gründen das Schweizer Bürgerrecht erwerben. Bis Ende November 2015 zählte der Bund fast 35 000 Einbürgerungen – mehr als im ganzen Vorjahr. Allein im November erhielten mehr als 4000 Ausländer das Schweizer Bürgerrecht. Der Neuenburger Professor und Migrationsexperte Etienne Piguat hat neulich gegenüber dem Westschweizer Radio RTS die Durchsetzungsinitiative als mögliche Ursache für die Zunahme identifiziert. Rund 900 000 Ausländer erfüllen die Bedingungen für den roten Pass. Befeuert die SVP die Zahl der Einbürgerungen? Der Luzerner SVP-Natio-

nalrat Felix Müri kann über solche Vermutungen nur den Kopf schütteln. Die Passage im Argumentarium sei nicht als Aufforderung zur Einbürgerung zu verstehen. «Ein gut integrierter Ausländer, der nicht kriminell wird, braucht sich ohnehin keine Sorgen zu machen», sagt er. Ausserdem komme kaum ein Ausländer auf die Idee, sich den Schweizer Pass als Absicherung gegen die Durchsetzungsinitiative zu holen. «Das wären Oberschlaumeier mit der Absicht, kriminell zu werden – was nicht für eine gute Integration spricht.»

Dass die SVP die Möglichkeit der Einbürgerung erwähnt, hat gemäss Müri auch nichts mit Hans-Ueli Vogt zu tun. Der frisch gewählte Zürcher SVP-Nationalrat und Rechtsprofessor an der Universität Zürich hatte vorgeschlagen, Secondos nicht als Ausländer

zu zählen. In einem Interview mit der «Schweiz am Sonntag» sagte er, «dass die Initiative so ausgelegt werden muss und soll, dass es bei in der Schweiz geborenen Ausländern nicht zu einer Ausschaffung kommt». Die Führungsriege der SVP erteilte dieser Idee eine klare Absage.

Prinzip der gelben und roten Karte

Derweil argumentieren die Gegner mit sogenannten Bagatellfällen gegen die SVP-Initiative. Ständerat Andrea Caroni (FDP, Appenzell Ausserrhoden) nannte kürzlich das Beispiel eines in der Schweiz geborenen Ausländers, der mit 21 Jahren in der 30-km/h-Zone mit 50 km/h geblitzt wird und eine bedingte Geldstrafe erhält. Wenn er zehn Jahre später einem Freund ein bisschen Hanf der Marke Eigenanpflanzung verkauft, müsste er

zwingend ausgeschafft werden, da er als Vorbefrafter ein leichtes Betäubungsmitteldelikt begangen hat.

Die Durchsetzungsinitiative funktioniert nach dem Prinzip der gelben und der roten Karte: Wer das Gesetz grob bricht, wird umgehend ausgeschafft. Wer vorbestraft ist und abermals delinquent, fliegt auch bei weniger schweren Verbrechen. Das sei nicht übertrieben hart, sagt Felix Müri – und macht einen Vergleich mit dem Fussball: «Wer nach einer gelben Karte nicht gescheitert geworden ist, ist selber schuld, wenn er sich auch noch die rote einhandelt.»



Dokumente: Offizielle Dokumente zu den Ausschaffungsvorlagen finden Sie auf www.luzernerzeitung.ch/bonus



28. Februar 2016

Abstimmung

lassen? Die Waadtländer SP-Nationalrätin Rebecca Ruiz traut ihren Ohren nicht. «Die SVP ist heuchlerisch und zynisch», sagt die 32-jährige eingebürgerte Frau mit spanischen Wurzeln. Ruiz prophezeit eine «Explosion der Einbürgerungsgesuche», falls die SVP-Initiative angenommen werde. Dies sei nicht der Fall, weil die Ausländer kriminelle Hintergedanken hegten. «Die Drohung, auch wegen Bagatelldelikten weggewie-

Wichtigste Unterschiede der Ausschaffungsvorlagen

	Heutige Regeln	Umsetzung Ausschaffungsinitiative	Durchsetzungsinitiative
Unter welchen Bedingungen können straffällige Ausländer des Landes verwiesen werden?	Bei einer «längerfristigen Strafe» ist der Widerruf des Aufenthaltsrechts möglich. Das Bundesgericht hat die Grenze auf ein Jahr festgesetzt. Schwere Delikte wie Mord, vorsätzliche Tötung, schwere Körperverletzung, Vergewaltigung, Raub, Geiselnahme, Brandstiftung oder Gefährdung des Lebens können zum Widerruf des Aufenthaltsrechts führen.	Zusätzlich neben den schweren Delikten gegen Leib und Leben: Betrug im Bereich der Sozialversicherungen und Sozialhilfe. Einbruchdelikte.	Ergänzend zum Katalog der Ausschaffungsinitiative (Katalog 1) gibt es einen zweiten Delikt katalog (Katalog 2) mit weniger schweren Verbrechen wie einfacher Körperverletzung, Geldfälschung oder leichtem Drogenhandel. Wenn ein Ausländer ein weniger schweres Delikt begeht, aber vorbestraft (Geldstrafe oder Freiheitsstrafe) ist, führt dies zwingend zu einem Landesverweis .
Gibt es eine Einzelfallprüfung?	Ja.	Bei Härtefällen kann das Gericht ausnahmsweise von einer Landesverweisung absehen. Dabei ist insbesondere der Situation von Secondos Rechnung zu tragen.	Nein. Bei entschuldbarer Notwehr und entschuldbarem Notstand kann von einem Landesverweis abgesehen werden.
Wie viele straffällige Ausländer sind betroffen?	Eine offizielle Statistik gibt es nicht. 750 Ausländer wären laut Bundesrat im Jahr 2009 des Landes verwiesen worden. 2010 schätzte der Bund diese Zahl auf 350 bis 400. Gemäss Hochrechnungen aus den Kantonen, welche die Zahlen publizieren, wären es rund 500 pro Jahr .	3863 im Jahr 2014 (ohne Härtefallklausel).	10 210 im Jahr 2014.
Wie lange werden straffällige Ausländer des Landes verwiesen?	Ein Einreiseverbot wird für höchstens 5 Jahre verfügt. Es kann für eine längere Dauer verfügt werden, wenn die ausgewiesene Person eine schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit darstellt.	5 bis 15 Jahre. 20 Jahre bei Wiederholungstätern.	10 bis 15 Jahre für Straftaten aus dem Katalog 1. 5 bis 15 Jahre für Strafen aus dem Katalog 2. 20 Jahre bei Wiederholungstätern.

Eingebürgerte mobilisieren

ABSTIMMUNG sda. Mehr als 700 000 Stimmbürger haben den roten Pass durch Einbürgerung erhalten. Etwa jeder achte Stimmberechtigte hat also einen Migrationshintergrund. Diese politische Kraft wollen die Gegner der Durchsetzungsinitiative mobilisieren. Möglichst viele Eingebürgerte müssten an die Urne gehen, um die Initiative zu bodigen, sagte der Basler Grossrat Mustafa Atici, Präsident der SP MigrantInnen, gestern im Bundeshaus. Laut Atici werden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt und Flyer in zwölf verschiedenen Sprachen verteilt.

Schweiz als offenes Gefängnis

Für die Initiative fanden die Politiker der SP MigrantInnen deutliche Worte: Atici warnte davor, was diese für das Lebensgefühl in der Schweiz geborenen jungen Ausländer bedeuten würde. Für die rund 400 000 Secondos würde die Schweiz nach einem Bagatelldelikt zu einem offenen Gefängnis, aus welchem sie jederzeit ausgewiesen werden können. «Der andauernde Wegweisungsstress wirkt zermürbend und wird diese jungen Menschen an den Rand der Gesellschaft drängen.»